

AGENDA 2000: NEUREGELUNG DER EU-FINANZIERUNG

Die EU-Kommission machte – dem Auftrag des Europäischen Rates von Madrid (Dezember 1995) folgend – im Juni 1997 in der Agenda 2000 Vorschläge für die mittelfristige Finanzierung der Union nach dem Jahr 1999. Zentrale Bestandteile sind Reformen der Struktur- und Agrarpolitik sowie die Finanzierung der Osterweiterung. Die „Finanzielle Vorschau“ umfaßt die Jahre 2000 bis 2006. Der Finanzanteil der Agenda 2000 wurde später modifiziert und von der Preisbasis 1997 auf jene des Jahres 1999 umgestellt. Die Reform- und Finanzierungsvorschläge der Agenda 2000 stießen zum Teil auf Widerspruch. Erst der Europäische Rat in Berlin im März 1999 erreichte – nach schwierigen Verhandlungen – eine Einigung; der Entwurf wurde dabei modifiziert und die Finanzierungsansätze gesenkt.

Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaft basiert seit 1988 auf einem mittelfristigen Finanzrahmen, dessen Grundsätze vom Europäischen Rat in Edinburgh bestimmt wurden. Er wird vom Rat, dem Europäischen Parlament und der Kommission gemeinsam festgelegt. Der derzeit geltende Finanzrahmen umfaßt die Periode 1993 bis 1999. Die Einnahmen des EU-Haushaltes bestehen aus „traditionellen“ Eigenmitteln (Zöllen, Abschöpfungen), einem Anteil an den nationalen Mehrwertsteuereinnahmen sowie aus einer Ergänzungsabgabe, die am Bruttosozialprodukt der Mitgliedsländer bemessen wird. Für die Eigenmittel wurde eine Obergrenze von 1,27% des BSP festgelegt. Der EU-Haushalt darf kein Defizit aufweisen. Technisch wird zwischen den (höheren) Mitteln für Verpflichtungen und den (budgetrelevanten) Mitteln für Zahlungen unterschieden. Sie blieben bisher stets unter der Höchstgrenze. Die wichtigsten Posten des EU-Budgets sind jene für die Agrar- und für die Strukturpolitik.

REFORMEN DER AGRAR- UND STRUKTURPOLITIK LAUT AGENDA 2000

Zu den Zielen der *Gemeinsamen Agrarpolitik* der EU (GAP) zählen u. a. die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für die Agrarbevölkerung und die Förderung der Stabilität der landwirtschaftlichen Einkommen. Die GAP bedient sich u. a. des Interventionssystems, um die Einheit des Marktes zu errei-

Der Autor dankt Fritz Breuss und Matthias Schneider für wertvolle Anregungen und Hinweise. Die Aufbereitung der Statistischen Daten erfolgte mit Unterstützung von Gabriele Wellan und Sonja Wirgler.

chen, sowie der Gemeinschaftspräferenz (Importschutz). Im Zuge der Reform aus dem Jahr 1992 (McSharry-Reform) wurde der Ausgleich des Einkommensrückstands durch Direktzahlungen gestärkt. Die Notwendigkeit weiterer Reformen der GAP ergibt sich aus den zu erwartenden Belastungen durch die Osterweiterung und WTO-Verhandlungen über den Abbau der Schutzmechanismen. Im Dezember 1995 legte die Kommission dem Europäischen Rat in Madrid das „Strategiepapier für die Landwirtschaft“ mit Grundsätzen für die Weiterführung der Reform vor. Angestrebt wird insbesondere eine schrittweise Annäherung der EU-Preise an das Weltmarktniveau.

Die *Strukturpolitik* hat die Förderung des „wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts“ der Union zum Ziel. Der Europäische Rat von Edinburgh beschloß, am Ende der aktuellen Planungsperiode einen Anteil von 0,46% des BSP der Europäischen Union für die Strukturpolitik aufzubringen. Im Vertrag von Maastricht wurde der Zusammenhalt, neben der Wirtschafts- und Währungsunion und dem einheitlichen Binnenmarkt, zu einem der drei Hauptpfeiler des Vertrages über die Europäische Union. Folgende Formen der Hilfe sind derzeit vorgesehen: Programme zugunsten der am stärksten benachteiligten Regionen (Ziel 1, Ziel 6), von Regionen mit rückläufigem Industrieanteil (Ziele 2, 5a) oder ländlichen Regionen (Ziel 5b). Ein weiterer Schwerpunkt sind die Beschäftigung und der industrielle Wandel (Ziel 3, Ziel 4). Im Vertrag von Maastricht wurde überdies ein Kohäsionsfonds beschlossen, dessen Mittel jenen Mitgliedstaaten zugute kommen, deren BSP pro Kopf weniger als 90% des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt.

In der Agenda 2000 schlug die Kommission vor, den für die Strukturpolitik reservierten Anteil (0,46% des BSP der erweiterten EU) beizubehalten. Die Zahl der Förderziele soll von sechs auf drei verringert werden. Davon sollten zwei Ziele regionaler Art sein, ein horizontales Ziel soll den Humanressourcen gewidmet werden. Das Ziel 1 betrifft Gebiete mit Entwicklungsrückstand. Es soll Regionen umfassen, deren BIP pro Kopf weniger als 75% des Gemeinschaftsdurchschnittes beträgt, sowie die früheren (nordischen) Ziel-6-Regionen. Ein neues Ziel 2, das sich der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung widmet, faßt Maßnahmen zugunsten der anderen Regionen mit Strukturproblemen zusammen: Gebiete, in denen sich ein Strukturwandel vollzieht (Industrie und Dienstleistungen), ländliche Gebiete mit rückläufiger Einkommensentwicklung und Problemgebiete in den Städten. Im Rahmen der Programme des neuen Ziel 3 soll den Mitgliedstaaten bei der Anpassung und Modernisierung ihrer Ausbildungs-, Berufsbildungs- und Beschäftigungssysteme geholfen werden. Für die bisherigen Empfänger der Strukturhilfe, die nach den neuen Regeln keine Mittel mehr erhalten, sind Übergangsmaßnahmen vorgesehen.

Gemeinschaftsinitiativen dienen zur Durchführung von Maßnahmen von gemeinsamem Interesse in Bereichen, die für die Union als Ganzes Vorrang haben. Die Zahl der Gemeinschaftsinitiativen soll von bisher 13 auf folgende 3 Bereiche verringert werden:

- transnationale, grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit zur Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung und zur Unterstützung einer ausgewogenen Raumordnung (Interreg),
- Entwicklung des ländlichen Raums (Leader) und
- eine neue Initiative im Bereich der transnationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheit beim Zugang zur Beschäftigung (Equal).

FINANZIERUNG DER OSTERWEITERUNG

Für die zehn osteuropäischen *Beitrittswerber* wurden in der Agenda 2000 zwei Gruppen von Finanzmitteln budgetiert:

- Mittel für die Hilfe zur Vorbereitung auf den Beitritt (Heranführung): Zusätzlich zu den bestehenden Phare-Programmen sind ein agrarpolitisches und ein strukturpolitisches Instrument vorgesehen. Die Mittel für die Vorbereitung sollen nach einer Erweiterung im bestehenden Umfang behalten werden und für die verbliebenen Anwärter zur Verfügung stehen.
- Mittel für die neuen Mitglieder (Beitrittsbeträge; als technische Annahme wurde die erste Erweiterungsrunde für das Jahr 2002 angenommen): Den Empfehlungen des „Avis“ (Stellungnahme der Kommission zu den Beitrittsanträgen) gemäß werden das fünf Länder aus Osteuropa (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien und Estland) sowie Zypern sein.

DER WEG ZU EINEM KOMPROMISS

Wie zu erwarten war, stießen vor allem die Vorschläge der Europäischen Kommission in der Agenda 2000 zur Agrarreform auf heftigen Widerspruch: Für die Vertreter der Landwirtschaft der meisten EU-Länder waren die vorgesehenen Preissenkungen zu radikal bzw. die Kompensationen unzureichend; überdies würden sie die spezifischen Bedingungen der betroffenen Länder nicht hinreichend berücksichtigen. Aus der Sicht der Finanzminister waren die vorgesehenen Kosten der Agrarpolitik zu hoch.

Kurz vor dem Berliner Gipfel erreichte der *Agrarrat* am 11. März 1999 nach sehr mühsamen Verhandlungen und unter intensiver Inanspruchnahme des „Beichtstuhlverfahrens“ durch den deutschen Vorsitz eine Einigung (EU, 1999). Demnach sollen die Interventionspreise für Getreide in zwei Schritten (2000 und 2001) um insgesamt 20% und jene für Butter und Milchpulver in drei

Übersicht 1: Finanzielle Vorschau der EU für 2000 bis 2006: Stand März 1998

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2000/2006
	Mill. €, zu Preisen von 1999							
	Mittel für Verpflichtungen							
1. Landwirtschaft (EU 21)	46.050	46.920	49.420	50.760	52.120	53.560	55.010	353.840
A. EU 15	45.530	46.400	47.300	48.210	49.150	50.110	51.090	337.790
B. Vorbereitung MOEL	520	520	520	520	520	520	520	3.640
C. Erweiterung	–	–	1.600	2.030	2.450	2.930	3.400	12.410 ¹⁾
2. Strukturpolitik (EU 21)	36.640	37.470	40.390	41.430	42.370	43.410	44.550	286.260
A. EU 15	35.600	36.430	35.600	34.560	33.410	32.370	31.430	239.400
Strukturfonds	32.600	33.430	32.600	31.560	30.410	29.370	28.430	218.400
Kohäsionsfonds	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	21.000
B. Vorbereitung MOEL	1.040	1.040	1.040	1.040	1.040	1.040	1.040	7.280
C. Erweiterung	–	–	3.750	5.830	7.920	10.000	12.080	39.580 ¹⁾
3. Interne Politikbereiche (EU 21)	6.390	6.710	7.610	7.810	8.020	8.230	8.450	53.220
A. EU 15	6.390	6.710	6.880	7.050	7.230	7.410	7.600	49.270
C. Erweiterung	–	–	730	760	790	820	850	3.950 ¹⁾
4. Externe Politikbereiche (EU 21)	6.870	7.070	7.250	7.430	7.610	7.790	7.900	51.920
A. EU 15	5.310	5.510	5.690	5.870	6.050	6.230	6.340	41.000
B. Vorbereitung MOEL	1.560	1.560	1.560	1.560	1.560	1.560	1.560	10.920
5. Verwaltung (EU 21)	4.730	4.820	5.280	5.420	5.550	5.650	5.750	37.200
A. EU 15	4.730	4.820	4.910	5.010	5.100	5.200	5.300	35.070
C. Erweiterung	–	–	370	410	450	450	450	2.130 ¹⁾
6. Reserven								
A. EU 15	850	850	600	350	350	350	350	3.700
Insgesamt (EU 21)	101.530	103.840	110.550	113.200	116.020	118.990	122.010	786.140
A. EU 15	98.410	100.720	100.980	101.050	101.290	101.670	102.110	706.230
B. Vorbereitung MOEL	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	21.840
A + B	101.530	103.840	104.100	104.170	104.410	104.790	105.230	728.070
C. Erweiterung	–	–	6.450	9.030	11.610	14.200	16.780	58.070
	Mittel für Zahlungen							
Insgesamt (EU 21)	98.800	101.650	107.070	110.230	112.700	115.610	118.780	764.840
A. EU 15	95.680	98.530	99.810	100.400	100.690	101.050	101.440	697.600
B. Vorbereitung MOEL	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	21.840
A + B	98.800	101.650	102.930	103.520	103.810	104.170	104.560	719.440
C. Erweiterung	–	–	4.140	6.710	8.890	11.440	14.220	45.400

Q: Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament über die Erstellung einer neuen Finanziellen Vorschau für den Zeitraum 2000 bis 2006, Brüssel, 18. März 1998. –
¹⁾ 2002/2006.

Schritten ab 2003 um 15% gesenkt werden. Für Rindfleisch soll die Senkung in drei Schritten von 2000 bis 2002 20% betragen. Die Gesamtkosten der Agrarpolitik der erweiterten EU sollten auf Grundlage dieser Vereinbarung in den Jahren 2000 bis 2006 314 Mrd. € erreichen; die vom Europäischen Rat vorgegebene Grenze von 307 Mrd. € wird damit etwas überschritten.

Die Festlegung eines langfristigen Finanzrahmens für die EU wurde zusätzlich durch die „Nettozahler“-Diskussion erschwert. Deutschland wies auf die ungerechte Lastenverteilung innerhalb der Union hin: Von den 15 EU-Mitgliedstaaten waren 1997 6 Länder Nettoempfänger, darunter auch reiche Länder wie Dänemark und Finnland; 55% der Nettotransfers von insgesamt 18,6 Mrd. € brachte 1997 Deutschland auf (11,2 Mrd. €). Der Nettobeitrag Deutschlands entsprach 0,65% des BIP; für die Niederlande und Schweden ergaben sich noch höhere Werte, der Beitrag Österreichs machte 0,43% des BIP aus. Der deutsche Standpunkt wurde von anderen Nettozahlern, u. a. von Österreich, unterstützt. Mit dem Regierungswechsel in Deutschland Ende 1998 hat die Nettozahler-Diskussion an Schärfe gewonnen.

Eine „gerechtere“ Lastenverteilung innerhalb der EU wird seit langem diskutiert. Zu diesem Thema wurden

zahlreiche Vorschläge vorgelegt. Wichtige Aspekte der Finanzierung wurden im Herbst 1998 in einem Dokument der *EU-Kommission* (1998B) zusammengefaßt, das Möglichkeiten aufzeigte, aber keine Empfehlungen enthielt.

In der Vorbereitung des Berliner Gipfels standen u. a. folgende Ansätze einer Finanzreform zur Diskussion:

- Gemäß dem Kappungsmodell sollten die Nettoszah-lungen auf einen bestimmten BIP-Prozentsatz be-grenzt werden. Diese Idee hat sich nicht durchgesetzt.
- Der Vorschlag einer nationalen Kofinanzierung der Agrarausgaben wurde von Frankreich nicht akzep-tiert.
- Großbritannien lehnte den Wegfall des Rabatts für seine Beiträge ab (eingeführt 1984; 1999 fast 4 Mrd. €). Allerdings wurde ein neuer Berechnungs-modus festgelegt, der die Nettozahler entlastet.
- Verwirklicht wurde der teilweise Ersatz der Mehrwert-steuereigenmittel durch BSP-Zahlungen.
- Der Vorschlag, die Budgetausgaben auf dem Niveau des Jahres 2000 einzufrieren, wurde zum Teil verwirk-licht, real nehmen die Mittel in der Periode 2000 bis 2006 um 1% p. a. zu.

Übersicht 2: Finanzielle Vorschau der EU für 2000 bis 2006: Stand März 1999

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2000/2006
	Mill. €, zu Preisen von 1999							
	Mittel für Verpflichtungen							
1. Landwirtschaft (EU 21)	41.440	43.320	46.020	46.320	45.730	45.380	45.580	313.790
A. EU 15	40.920	42.800	43.900	43.770	42.760	41.930	41.660	297.740
B. Vorbereitung MOEL	520	520	520	520	520	520	520	3.640
C. Erweiterung	–	–	1.600	2.030	2.450	2.930	3.400	12.410 ¹⁾
2. Strukturpolitik (EU 21)	33.085	32.495	35.655	37.155	38.555	40.635	42.290	259.870
A. EU 15	32.045	31.455	30.865	30.285	29.595	29.595	29.170	213.010
Strukturfonds	29.430	28.840	28.250	27.670	27.080	27.080	26.660	195.010
Kohäsionsfonds	2.615	2.615	2.615	2.615	2.515	2.515	2.510	18.000
B. Vorbereitung MOEL	1.040	1.040	1.040	1.040	1.040	1.040	1.040	7.280
C. Erweiterung	–	–	3.750	5.830	7.920	10.000	12.080	39.580 ¹⁾
3. Interne Politikbereiche (EU 21)	5.900	5.950	6.730	6.810	6.890	6.970	7.050	46.300
A. EU 15	5.900	5.950	6.000	6.050	6.100	6.150	6.200	42.350
C. Erweiterung	–	–	730	760	790	820	850	3.950 ¹⁾
4. Externe Politikbereiche (EU 21)	6.110	6.120	6.130	6.140	6.150	6.160	6.170	42.980
A. EU 15	4.550	4.560	4.570	4.580	4.590	4.600	4.610	32.060
B. Vorbereitung MOEL	1.560	1.560	1.560	1.560	1.560	1.560	1.560	10.920
5. Verwaltung (EU 21)	4.560	4.600	5.070	5.210	5.350	5.450	5.550	35.790
A. EU 15	4.560	4.600	4.700	4.800	4.900	5.000	5.100	33.660
C. Erweiterung	–	–	370	410	450	450	450	2.130 ¹⁾
6. Reserven								
A. EU 15	900	900	650	400	400	400	400	4.050
Insgesamt (EU 21)	91.995	93.385	100.255	102.035	103.075	104.995	107.040	702.780
A. EU 15	88.875	90.265	90.685	89.885	88.345	87.675	87.140	622.870
B. Vorbereitung MOEL	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	21.840
A + B	91.995	93.385	93.805	93.005	91.465	90.795	90.260	644.710
C. Erweiterung	–	–	6.450	9.030	11.610	14.200	16.780	58.070
	Mittel für Zahlungen							
Insgesamt (EU 21)	89.590	91.070	98.270	101.450	100.610	101.350	103.530	685.870
A. EU 15	86.470	87.950	91.010	91.620	88.600	86.790	86.190	618.630
B. Vorbereitung MOEL	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	3.120	21.840
A + B	89.590	91.070	94.130	94.740	91.720	89.910	89.310	640.470
C. Erweiterung	–	–	4.140	6.710	8.890	11.440	14.220 ²⁾	45.400

Q: Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Berlin, 24.-25. März 1999. – ¹⁾ 2002/2006. – ²⁾ In der Quelle in Tabelle A mit 14.220 Mill. €, in Tabelle B mit 14.210 Mill. € angeführt.

ERGEBNISSE DES BERLINER GIPFELS

Die Verhandlungen des Europäischen Rates in Berlin (März 1999) wurden sehr kontroversiell geführt, ein Scheitern lag nahe¹⁾. Letztlich konnte aber ein Kompromiß für die Finanzielle Vorschau für die Jahre 2000/2006 gefunden werden (*Europäischer Rat*, 1999). Dabei wurden auch die Vereinbarungen der Landwirtschaftsminister (Agrarrat vom März 1999) geändert. Der Kompromiß wurde vor allem wegen der zahlreichen Konzessionen an die meisten EU-Länder („Basarmethoden“), aber auch wegen der unzureichenden Änderungen des Agrarsystems kritisiert: Die Agrarreformen bilden ein Hindernis für die Osterweiterung. Immerhin konnte eine zusätzliche ernste Belastung der Union – zumindest kurzfristig – vermieden werden.

Die Übersichten 1 und 2 stellen vergleichbare Angaben für die einzelnen Bereiche der Finanziellen Vorschau in den Jahren 2000 bis 2006 (Mittel für Verpflichtungen) laut ursprünglichem Kommissionsvorschlag vom März 1998 und laut Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin gegenüber. Die Differenzen zwischen die-

sen beiden Ansätzen werden in Übersicht 3 ausgewiesen. Die Agenda 2000 sah ursprünglich für die gesamte Periode 2000 bis 2006 Zahlungsverpflichtungen von 786,1 Mrd. € vor; vereinbart wurden nun 702,8 Mrd. €. Daraus ergibt sich eine Kürzung um 83,4 Mrd. €. Die jährlichen Einsparungen steigen von 9,5 Mrd. € im Jahr 2000 kontinuierlich auf 15 Mrd. € im Jahr 2006.

Die für die *Erweiterung* budgetierten Mittel wurden gegenüber den Vorschlägen der Kommission nicht gekürzt. Ausdrücklich wurde eine Umschichtung zwischen den für die EU 15 budgetierten Mitteln und den Mitteln für die Vorbereitung (Heranführung; Rubrik 7) sowie auch den Mitteln für die Erweiterung (Beitrittsbeträge) ausgeschlossen. Im Falle der Erweiterung soll die Finanzielle Vorschau – mit qualifizierter Mehrheit – angepaßt werden.

Die *Agrarreform* wurde vom Berliner Gipfel verwässert: Die Garantiepreise für Getreide werden in zwei Schritten um nur 15% gesenkt, und zwar in den Jahren 2000 und 2001. Die Rindfleischpreise werden um 20% gekürzt. Die Umsetzung der Reform des Milchmarktes, die Preisabschläge von 15% vorsieht, wird erst in den Jahren 2005 und 2006 in Kraft treten und nicht bereits 2003. Die direkten Beihilfen für die Produzenten von Getreide und Rindfleisch werden nicht gesenkt. Die Ausgaben für die Landwirtschaft für die EU 15 wurden um 40,1 Mrd. € (auf

¹⁾ Die Verhandlungen wurden durch den Krieg im Kosovo und den Rücktritt der EU-Kommission überschattet.

Übersicht 3: Finanzielle Vorschau der EU für 2000 bis 2006: Differenz 1998/99

Mittel für die Vorbereitung der MOEL und für die Erweiterung unverändert

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2000/2006
	Mill. €, zu Preisen von 1999							
	Mittel für Verpflichtungen							
1. Landwirtschaft								
A. EU 15	- 4.610	- 3.600	- 3.400	- 4.440	- 6.390	- 8.180	- 9.430	-40.050
2. Strukturpolitik								
A. EU 15	- 3.555	- 4.975	- 4.735	- 4.275	- 3.815	- 2.775	- 2.260	-26.390
Strukturfonds	- 3.170	- 4.590	- 4.350	- 3.890	- 3.330	- 2.290	- 1.770	-23.390
Kohäsionsfonds	- 385	- 385	- 385	- 385	- 485	- 485	- 490	- 3.000
3. Interne Politikbereiche	- 490	- 760	- 880	- 1.000	- 1.130	- 1.260	- 1.400	- 6.920
A. EU 15	- 490	- 760	- 880	- 1.000	- 1.130	- 1.260	- 1.400	- 6.920
4. Externe Politikbereiche								
A. EU 15	- 760	- 950	- 1.120	- 1.290	- 1.460	- 1.630	- 1.730	- 8.940
5. Verwaltung								
A. EU 15	- 170	- 220	- 210	- 210	- 200	- 200	- 200	- 1.410
6. Reserven								
A. EU 15	50	50	50	50	50	50	50	350
Insgesamt (EU 21)	- 9.535	-10.455	-10.295	-11.165	-12.945	-13.995	-14.970	-83.360
A. EU 15	- 9.535	-10.455	-10.295	-11.165	-12.945	-13.995	-14.970	-83.360
	Mittel für Zahlungen							
Insgesamt (EU 21)	- 9.210	-10.580	- 8.800	- 8.780	-12.090	-14.260	-15.250	-78.970
A. EU 15	- 9.210	-10.580	- 8.800	- 8.780	-12.090	-14.260	-15.250	-78.970

Q: Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Berlin, 24.-25. März 1999.

297,7 Mrd. €) gekürzt; sie steigen von 40,9 Mrd. € im Jahr 2000 auf 43,9 Mrd. € 2002 und gehen dann auf 41,7 Mrd. € zurück. In den „Schlußfolgerungen“ wird eine weitere Kürzung auf 40,5 Mrd. € pro Jahr gefordert.

Die Vorschläge der Agenda 2000 zur Reform der *Strukturpolitik* (3 Zielgebiete, 3 Gemeinschaftsinitiativen) wurden angenommen. Für die Strukturpolitik sind in der Planungsperiode insgesamt 213 Mrd. € vorgesehen, davon 18 Mrd. € für den Kohäsionsfonds. Gegenüber dem Kommissionsvorschlag wurden im Bereich der Strukturfonds 23,4 Mrd. €, im Bereich der Kohäsionsfonds 3 Mrd. € eingespart. Die jährlichen Mittel für die Strukturpolitik der EU 15 gehen von 32 Mrd. € im Jahr 2000 auf 29,2 Mrd. € im Jahr 2006 zurück.

69,7% (oder 36 Mrd. €) der Mittel für die Strukturfonds (insgesamt 195 Mrd. €) sind für die Ziel-1-Gebiete vorgesehen, 11,5% (22,5 Mrd. €) für die Ziel-2-Gebiete, 12,3% (24 Mrd. €) für die Ziel-3-Gebiete. Für die drei Gemeinschaftsinitiativen sind 5% der Strukturfondsmittel (9,75 Mrd. €) reserviert, davon mindestens die Hälfte für das Interreg-Programm. In der Schlußfolgerung wird diesbezüglich festgelegt, daß „besonderes Augenmerk den grenzüberschreitenden Tätigkeiten – insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung sowie auf Mitgliedstaaten, die ausgedehnte gemeinsame Grenzen mit den Beitrittsländern haben“ gelten soll.

Recht kräftig wurden die Mittel für die internen und externen Politiken (insgesamt um 6,9 bzw. 8,9 Mrd. €) gekürzt, auch die Ausgaben für die Verwaltung sollen um 1,4 Mrd. € reduziert werden.

88,6% der *Gesamtausgaben* der EU (einschließlich der Mittel für die Heranführung und Erweiterung) wer-

den nach den Berliner Beschlüssen über die Periode 2000 bis 2006 für die EU 15 verwendet, 3,1% für die Heranführung und 8,3% für die Erweiterung (Übersicht 5). Da die Mittel für Beitrittswerber nicht gekürzt wurden, ist ihr Anteil höher als im Kommissionsvorschlag. Der Anteil der Mittel für die Erweiterung steigt von 6,4% im Jahr 2002 (technische Annahme für den Zeitpunkt der Erweiterung) auf 15,7% im Jahr 2006, die Anteile der Mittel für die EU 15 verringern sich entsprechend.

Die Umschichtungen zwischen den einzelnen Bereichen können anschaulich anhand der Strukturen der für die EU 15 reservierten Mittel (Übersicht 4) veranschaulicht werden. Über die gesamte Finanzierungsperiode unterscheiden sich die Ansätze der Kommission und des Berliner Rates nur wenig. Für die Landwirtschaft sind jetzt 46,2% vorgesehen, um 0,2 Prozentpunkte weniger als im Entwurf 1998. Der Anteil der Strukturpolitik (33,0%) ist um 0,1 Prozentpunkte höher, der Anteil der internen Politiken (6,6%) um 0,2 Prozentpunkte und der externen Politiken (5,0%) um 0,6 Prozentpunkte niedriger; für die Verwaltung (5,2%) wird ein um 0,4 Prozentpunkte höherer Anteil ausgewiesen. Etwas größer sind die Differenzen in den einzelnen Jahren. So steigt nach dem Berliner Kompromiß der Anteil der Landwirtschaft bis zum Jahr 2003 und geht danach zurück; die Kommission sah einen kontinuierlichen Anstieg vor.

Für das EU-Budget relevant sind die (etwas niedrigeren) *Mittel für Zahlungen*. Laut dem Berliner Kompromiß sollen sie in der Periode 2000 bis 2006 insgesamt 685,9 Mrd. € betragen, um 79 Mrd. € weniger als im Kommissionsvorschlag.

Übersicht 4: Finanzielle Vorschau der EU für 2000 bis 2006: Mittel für Verpflichtungen der EU 15

	2000	2001	2002	Stand März 1999			2006	2000/2006	Stand März 1998
				2003	2004	2005			2000/2006
Anteile an den Mitteln der EU 15 in %									
<i>1. Landwirtschaft</i>									
A. EU 15	44,5	45,8	46,8	47,1	46,8	46,2	46,2	46,2	46,4
B. Vorbereitung MOEL	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5
<i>2. Strukturpolitik</i>									
A. EU 15	34,8	33,7	32,9	32,6	32,4	32,6	32,3	33,0	32,9
Strukturfonds	32,0	30,9	30,1	29,8	29,6	29,8	29,5	30,2	30,0
Kohäsionsfonds	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	2,8	2,8	2,8	2,9
B. Vorbereitung MOEL	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,1	1,0
<i>3. Interne Politikbereiche</i>									
A. EU 15	6,4	6,4	6,4	6,5	6,7	6,8	6,9	6,6	6,8
<i>4. Externe Politikbereiche</i>									
A. EU 15	4,9	4,9	4,9	4,9	5,0	5,1	5,1	5,0	5,6
B. Vorbereitung MOEL	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,5
<i>5. Verwaltung</i>									
A. EU 15	5,0	4,9	5,0	5,2	5,4	5,5	5,7	5,2	4,8
<i>6. Reserven</i>									
A. EU 15	1,0	1,0	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4	0,6	0,5
<i>Insgesamt</i>									
A. EU 15	96,6	96,7	96,7	96,6	96,6	96,6	96,5	96,6	97,0
B. Vorbereitung MOEL	3,4	3,3	3,3	3,4	3,4	3,4	3,5	3,4	3,0
A + B	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
C. Erweiterung	-	-	6,9	9,7	12,7	15,6	18,6	9,0	8,0

Q: Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Berlin, 24.-25. März 1999.

Bezogen auf das BSP der EU 15 errechnet sich ein Prozentsatz von 1,15%, bezogen auf das BSP der EU 21 von 1,12%²⁾. Bei einer weiterhin geltenden Eigenmittelobergrenze von 1,27% des BSP eröffnet dies einen

Spielraum für unvorhergesehene Ausgaben von 0,12% bzw. 0,15% des BSP.

Für die EU 15 sind Mittel für Zahlungen von 618,6 Mrd. € bzw. 1,03% des BSP budgetiert. Der Kommissionsentwurf ging von 1,16% des BSP aus (die Einsparung macht damit immerhin 0,13% des BSP aus).

²⁾ In den Schlußfolgerungen sind beide Quoten angeführt.

Übersicht 5: Finanzielle Vorschau der EU für 2000 bis 2006: Mittel für Verpflichtungen der EU 21

	2000	2001	2002	Stand März 1999			2006	2000/2006	Stand März 1998
				2003	2004	2005			2000/2006
Anteile an den Mitteln der EU 21 in %									
<i>1. Landwirtschaft (EU 21)</i>									
A. EU 15	45,0	46,4	45,9	45,4	44,4	43,2	42,6	44,6	45,0
B. Vorbereitung MOEL	44,5	45,8	43,8	42,9	41,5	39,9	38,9	42,4	43,0
C. Erweiterung	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
<i>2. Strukturpolitik (EU 21)</i>									
A. EU 15	36,0	34,8	35,6	36,4	37,4	38,7	39,5	37,0	36,4
Strukturfonds	34,8	33,7	30,8	29,7	28,7	28,2	27,3	30,3	30,5
Kohäsionsfonds	32,0	30,9	28,2	27,1	26,3	25,8	24,9	27,7	27,8
B. Vorbereitung MOEL	2,8	2,8	2,6	2,6	2,4	2,4	2,3	2,6	2,7
C. Erweiterung	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9
<i>3. Interne Politikbereiche (EU 21)</i>									
A. EU 15	6,4	6,4	6,7	6,7	6,7	6,6	6,6	6,6	6,8
B. Vorbereitung MOEL	6,4	6,4	6,0	5,9	5,9	5,9	5,8	6,0	6,3
C. Erweiterung	-	-	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,6 ¹⁾	0,5 ¹⁾
<i>4. Externe Politikbereiche (EU 21)</i>									
A. EU 15	6,6	6,6	6,1	6,0	6,0	5,9	5,8	6,1	6,6
B. Vorbereitung MOEL	4,9	4,9	4,6	4,5	4,5	4,4	4,3	4,6	5,2
C. Erweiterung	1,7	1,7	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,6	1,4
<i>5. Verwaltung (EU 21)</i>									
A. EU 15	5,0	4,9	5,1	5,1	5,2	5,2	5,2	5,1	4,7
B. Vorbereitung MOEL	5,0	4,9	4,7	4,7	4,8	4,8	4,8	4,8	4,5
C. Erweiterung	-	-	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3 ¹⁾	0,3 ¹⁾
<i>6. Reserven</i>									
A. EU 15	1,0	1,0	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,6	0,5
<i>Insgesamt (EU 21)</i>									
A. EU 15	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
B. Vorbereitung MOEL	96,6	96,7	90,5	88,1	85,7	83,5	81,4	88,6	89,8
C. Erweiterung	3,4	3,3	3,1	3,1	3,0	3,0	2,9	3,1	2,8
A + B	100,0	100,0	93,6	91,2	88,7	86,5	84,3	91,7	92,6
C. Erweiterung	-	-	6,4	8,8	11,3	13,5	15,7	8,3	7,4

Q: Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Berlin, 24.-25. März 1999. - ¹⁾ 2002/2006.

Übersicht 6: Finanzielle Vorschau der EU für 2000 bis 2006

	Bezogen auf BSP	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2000/2006
In % des BSP									
Stand März 1999									
<i>Mittel für Verpflichtungen</i>									
Insgesamt (EU 21)	EU 15	1,27	1,27	1,32	1,31	1,31	1,31	1,32	1,30
	EU 21	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27
A. EU 15	EU 15	1,23	1,23	1,20	1,17	1,15	1,12	1,10	1,17
B. Vorbereitung MOEL	EU 15	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,03	0,03	0,04
A + B	EU 15	1,27	1,27	1,24	1,21	1,18	1,16	1,13	1,21
C. Erweiterung	EU 15	–	–	0,08	0,10	0,13	0,16	0,18	0,10
	5 MOEL ¹⁾	–	–	2,21	2,97	3,68	4,32	4,91	3,67
<i>Mittel für Zahlungen</i>									
Insgesamt (EU 21)	EU 15	1,24	1,24	1,27	1,28	1,28	1,28	1,28	1,27
	EU 21	1,24	1,24	1,23	1,24	1,23	1,23	1,23	1,23
A. EU 15	EU 15	1,20	1,20	1,19	1,17	1,14	1,12	1,09	1,16
B. Vorbereitung MOEL	EU 15	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,03	0,03	0,04
A + B	EU 15	1,24	1,24	1,22	1,20	1,18	1,15	1,13	1,19
C. Erweiterung	EU 15	–	–	0,05	0,08	0,10	0,13	0,15	0,08
	5 MOEL ¹⁾	–	–	1,42	2,21	2,82	3,48	4,16	2,87
Spielraum für unvorhergesehene Ausgaben ²⁾	EU 15	0,14	0,15	0,09	0,08	0,12	0,14	0,14	0,12
	EU 21	0,14	0,15	0,13	0,12	0,16	0,18	0,18	0,15
Eigenmittelobergrenze		1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27
Stand März 1998									
<i>Mittel für Verpflichtungen</i>									
Insgesamt (EU 21)	EU 15	1,16	1,15	1,20	1,20	1,18	1,17	1,16	1,17
	EU 21	1,16	1,15	1,16	1,15	1,14	1,13	1,12	1,14
A. Mittel für EU 15	EU 15	1,12	1,11	1,09	1,05	1,01	0,98	0,95	1,04
B. Vorbereitung MOEL	EU 15	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,03	0,03	0,04
A + B (EU 15)	EU 15	1,16	1,15	1,13	1,09	1,05	1,01	0,98	1,08
C. Mittel für Erweiterung	EU 15	–	–	0,08	0,11	0,13	0,16	0,18	0,10
	5 MOEL ¹⁾	–	–	2,21	2,97	3,68	4,32	4,91	3,67
<i>Mittel für Zahlungen</i>									
Insgesamt (EU 21)	EU 15	1,13	1,12	1,18	1,19	1,15	1,13	1,13	1,15
	EU 21	1,13	1,12	1,14	1,15	1,11	1,09	1,09	1,12
A. Mittel für EU 15	EU 15	1,09	1,08	1,09	1,07	1,01	0,97	0,94	1,03
B. Vorbereitung MOEL	EU 15	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,03	0,03	0,04
A + B (EU 15)	EU 15	1,13	1,12	1,13	1,11	1,05	1,00	0,97	1,07
C. Mittel für Erweiterung	EU 15	–	–	0,05	0,08	0,10	0,13	0,15	0,08
	5 MOEL ¹⁾	–	–	1,42	2,21	2,82	3,48	4,16	2,87
Eigenmittelobergrenze		1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27

Q: Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Berlin, 24.-25. März 1999, Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament über die Erstellung einer neuen finanziellen Vorschau für den Zeitraum 2000/2008, Brüssel, 18. März 2000. – ¹⁾ Ungarn, Polen, Estland, Tschechien, Slowenien. – ²⁾ Eigenmittelobergrenze abzüglich Mittel für Zahlungen insgesamt.

Die jährlichen Zuwendungen sinken von 1,0% im Jahr 2000 auf 0,94% im Jahr 2006.

Für die Vorbereitung der Beitrittsverträge sind unverändert 0,04% des BSP der EU 15 vorgesehen, für die Erweiterung 0,08%. Dieser Wert steigt von 0,05% im Jahr 2002 auf 0,15% im Jahr 2006. Aus der Sicht der neuen EU-Mitgliedsländer ist die EU-Hilfe beachtlich: Bezogen auf das BSP dieser Länder ergibt sich im Jahr 2002 ein Wert von 1,42%, der bis zum Jahr 2006 auf 4,16% steigt (Übersicht 6).

ÄNDERUNGEN IM EU-HAUSHALT

In den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin wurden auch Änderungen des Haushaltsverfahrens festgelegt. Von Bedeutung ist insbesondere die Senkung des Anteils des Mehrwertsteueraufkommens an den Eigenmitteln auf 0,75% des BSP im Jahr 2000 bzw. auf 0,50% im Jahr 2004. Dadurch steigt der Anteil der am BSP bemessenen Beiträge zum gemeinsamen Haushalt. Länder mit relativ niedrigem Mehrwertsteueraufkommen (Italien) werden damit zugunsten anderer Län-

der belastet. Der Anteil der Erhebungskosten für traditionelle Mittel (Zölle usw.) wird ab dem Jahr 2001 von 10% auf 25% erhöht. Vom Europäischen Parlament wurde die Einführung eines „Flexibilitätsinstruments“ in der Höhe von 6 Mrd. € für die Finanzierungsperiode gefordert. Der Europäische Rat trug diesem Wunsch zum Teil durch die Empfehlung eines Budgetpostens von 0,2 Mrd. € jährlich (insgesamt 1,4 Mrd. €) Rechnung.

Der recht komplizierte Modus der Berechnung des Abschlags für Großbritannien wurde insofern geändert, als Großbritannien keine finanziellen Vorteile aus den Einsparungen im Agrarbereich zufließen sollen.

ENTLASTUNG DER NETTOZAHLER

Das Ziel einer Entlastung der Nettozahler wurde nur eingeschränkt erreicht. Abschließende Berechnungen liegen noch nicht vor, da noch einige Details der Vereinbarung präzisiert werden müssen.

Nach vorläufigen Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen ergibt sich aufgrund der Berliner Be-

Agenda 2000: New EU Financing Regime – Summary

The Berlin European Council of March 1999 reached an agreement on Agenda 2000, accepting the Commission's proposals, although with substantial modifications. Key elements of the Agenda will be reforms of the structural and agricultural policies and of the financial framework for medium-term funding of the European Union, including financing of eastern enlargement.

The Community budget is based on a medium-term financial framework which is determined jointly by the Council, the European Parliament and the Commission. The current framework covers the period of 1993 to 1999, and the next will span the years 2000 to 2006. A deficit is not allowed in the EU budget. Technically, a distinction is made between (larger) funds for commitments and (budget-relevant) funds for payments.

The Commission's proposals for structural policy reforms (three Objectives, three community initiatives) were accepted. Objective 1 covers areas which are lagging behind in their development. Objective 1 status will be conferred on regions whose per capita GDP is less than 75 percent of the Community average. A new Objective 2, which is targeted at economic and social change, combines measures for other regions suffering from structural problems. The new Objective 3 will lend support to member states in their adaptation and modernisation of policies and systems of education, training and employment. Altogether € 213 billion will be allocated to structural policy measures in the next period, of which € 18 billion will be for the Cohesion Fund. Compared to the Commission proposal, the structural funds were reduced by € 23.4 billion and the Cohesion Fund by € 3 billion. Almost 70 percent (€ 136 billion) of the structural funds (which altogether total € 195 billion) will be allocated to Objective 1, 11.5 percent (€ 22.5 billion) to Objective 2, and 12.3 percent (€ 24 billion) to Objective 3. 5 percent of the structural fund commitment appropriations (€ 9.75 billion) will be set aside for the three community initiatives, at least half of which will be allocated to Interreg. In its conclusions, the European Council states that "due attention should be given to cross-border activities, in particular in the perspective of enlargement, and for member states which have extensive frontiers with the applicant countries".

The CAP reform was watered down by the Berlin Council. The compromise achieved by the Council will be an obstacle to eastern enlargement. Funding for internal policies and external action was substantially reduced (by altogether 6.9 percent or € 8.9 billion).

For the ten applicant countries in Eastern Europe, two categories of funds were allocated in Agenda 2000:

- Pre-accession expenditure: in addition to existing PHARE programmes, provision has been made for an agricultural and a structural policy pre-accession instrument. Funds allocated to pre-accession expenditure will be maintained at their current level after enlargement and made available to the remaining candidates.
- Accession-related expenditure: it was based on the working assumption that the first round of enlargement (five CEE countries and Cyprus) will take place in 2002.

The funds allocated to enlargement were not reduced vis-à-vis the Commission proposals. It was expressly agreed that expenditure reserved for EU 15 cannot be used for pre-accession assistance and accession-related expenditure and vice versa. Upon enlargement the financial perspective is to be adjusted by a qualified majority.

Agenda 2000 initially provided for € 786 billion in commitments for the 2000-2006 period, but the Berlin Council agreed to € 703 billion (a reduction by € 83 billion). Altogether 88.6 percent of the total EU expenditure in 2000-2006 (including funds for pre-accession aid and accession-related expenditure) will be allocated to EU 15, 3.1 percent are allocated to pre-accession expenditure and 8.3 percent to accession-related expenditure. The proportion of funds set aside for enlargement will rise from 6.4 percent in 2002 to 15.7 percent in 2006.

Of the funds allocated to EU 15, 46 percent will be set aside for agriculture and 33 percent for structural policies. Internal policies will receive 6.6 percent, external action 5 percent, and administration 5.2 percent.

Total appropriations for EU 21 payments will make up altogether € 686 billion in 2000-2006, € 79 billion less than proposed by the Commission. This makes for 1.15 percent in terms of EU 15 GNP, or 1.12 percent in terms of EU 21 GNP. With the own resources ceiling remaining at 1.27 percent of GNP, this allows a considerable margin for unexpected expenses. Total appropriations for EU 15 payments will account for € 619 billion or 1.03 percent of GNP, compared to 1.16 percent of GNP proposed by the Commission. Allocations to pre-accession aid, at 0.04 percent of EU 15 GNP, and funds available for accession, at 0.08 percent, were not changed. The latter will rise from 0.05 percent in 2002 to 0.15 percent in 2006. This assistance is substantial from the point of view of the EU applicants: in terms of their GNP, it will rise from 1.42 percent in 2002 to 4.16 percent in 2006.

The Presidency conclusions of the Berlin European Council also provided for changes in the budget process. Of particular importance is the reduction of the maximum rate of call of the V.A.T. resource to 0.75 percent in 2002 and to 0.50 percent in 2004, which will raise the share of GNP-based contributions to the Community household, so that countries with relatively low revenues from V.A.T. (Italy) will be more affected than others. The collection costs for traditional own resources (customers duties, etc.) will be raised from its current level of 10 to 25 percent with effect from 2001.

The goal of granting some relief to net payers has been achieved only to some extent. According to preliminary calculations made by the Austrian Federal Ministry of Finance, the Berlin conclusions will make for savings of ATS 17.1 billion (€ 1.2 billion) against the original Commission proposal for 2000-2006. Austrian net payments to the EU are set at ATS 10.6 billion (0.45 percent of GNP) in 1999. In the first year of the new period, this will make for a slight rise (to ATS 12.1 billion) when calculated in absolute terms, but a decline to 0.43 percent of GNP when viewed in relative terms. By 2006, Austrian net payments (excluding enlargement) will have declined to ATS 10 billion or 0.31 percent of GNP.

schlüsse über die Periode 2000 bis 2006 – gegenüber dem Kommissionsvorschlag – eine Ersparnis von 17,1 Mrd. S (1,2 Mrd. €). Die österreichischen Nettozahlungen an die EU sind für das Jahr 1999 mit 10,6 Mrd. S (0,45% des BSP) präliminiert. Im ersten Jahr der neuen Haushaltsperiode sind sie mit 12,1 Mrd. S absolut etwas höher als im Vorjahr, relativ aber bereits niedriger (0,43% des österreichischen BSP). Bis zum Jahr 2006 verringern sich die österreichischen Nettozahlungen (ohne Erweiterung) auf 10 Mrd. S bzw. 0,31% des BSP.

Für *Deutschland* errechnet sich für die Jahre 2000 bis 2006 vorläufig insgesamt eine Ersparnis von 7 Mrd. € (13,7 Mrd. DM). Die Entlastung nimmt im Zeitverlauf kontinuierlich zu. Der Nettobeitrag von Deutschland verringert sich von 0,54% des BSP im Jahr 1999 auf 0,43% im Jahr 2006 (Süddeutsche Zeitung, 21. April 1999).

LITERATURHINWEISE

- Breuss, F. (Koordination) (1998A), Reifegrad der mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsverträge, WIFO, Wien, 1999.
- Breuss, F., Schebeck, F., „Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung für Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(11).
- EU, „Agricultural Council: Political Agreement on CAP-Reform“, Agriculture Newsletter, Special Edition, 11. März 1999.
- EU-Kommission (1997A), Agenda 2000. Eine stärkere und erweiterte Union, KOM(97) 2000 endg., Vol. I, Brüssel, 1997.
- EU-Kommission (1997B), Agenda 2000. Die Erweiterung der Union – Eine Herausforderung, KOM(97) 2000 endg., Vol. II, Brüssel, 1997.
- EU-Kommission (1998A), Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament über die Erstellung einer neuen finanziellen Vorschau für den Zeitraum 2000-2006, Brüssel, 18. März 1998.
- EU-Kommission (1998B), Die Finanzierung der Europäischen Union. Bericht der Kommission über das Funktionieren des Eigenmittelsystems, Brüssel, 7. Oktober 1998.
- Europäischer Rat, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Berlin, 24.-25. März 1999.
- Schneider, M., „Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft 1998/99 und aktuelle agrarpolitische Fragen“, WIFO-Vorträge, 1999, (83).
- Stankovsky, J., Plasser, F., Ulram, P. A., On the Eve of EU Enlargement. Economic Developments and Democratic Attitudes in East Central Europe, Springer, Wien, 1998.